

Zwischenmitteilung Mainova-Konzern zum 30. September 2013

Geschäft und Rahmenbedingungen

Energiepolitik

Der Umbau der Energieversorgung im Zuge der Energiewende wird die Wirtschaft und unsere Gesellschaft zunehmend prägen. Die Herausforderung besteht darin, den Gleichklang der Ziele Bezahlbarkeit, Versorgungszuverlässigkeit und Klimaschutz zu gewährleisten. Die Diskussion um die Kosten der Energiewende wurde mit dem Konzept zur sogenannten „Strompreisbremse“ Anfang des Jahres politisch entfacht. Grundsätzliches Ziel dieses Konzepts ist die Stabilisierung der Strompreise für die Verbraucher. Dazu wurde eine Reihe von Vorschlägen wie die Reduzierung der Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, die Senkung der Stromsteuer oder die stärkere Beteiligung der Industrie an den Kosten der Energiewende eingebracht. Wir halten es grundsätzlich für richtig, die Begrenzung der Kosten der Energiewende auf die politische Agenda zu setzen. Diesbezüglich haben wir schon zu Beginn der Energiewende Stellung bezogen und auf die Notwendigkeit von Kosteneffizienz bei der Umsetzung hingewiesen.

Nachdem unsere Netzgesellschaft NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) gemeinsam mit weiteren regionalen und überregionalen Netzbetreibern gegen die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Abwicklung der Netzentgeltbefreiung für stromintensive Betriebe geklagt hatte, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf im März die Festlegung der BNetzA aufgehoben. Zudem urteilte das Gericht, dass es keine Rechtsgrundlage für die Befreiung der stromintensiven Betriebe von den Netzentgelten gibt. Durch die geplanten Änderungen der Netzentgeltverordnungen für Strom und Gas sowie der Anreizregulierungsverordnung sollen die stromintensiven Verbraucher zukünftig über ein gestaffeltes Netzentgelt angemessen an den Kosten der Energiewende beteiligt werden. Zudem ist geplant, die Vorgaben für die Ermittlung der Netzkosten anzupassen und die Bedingungen für Investitionen in die Hochspannungsnetze zu verbessern.

Einen weiteren Einfluss auf die Strompreisentwicklung hat der im Juli gefasste Beschluss des Europaparlaments, das Angebot für Emissionshandelszertifikate temporär zu verknappen ("Backloading"), um den Emissionshandelspreis zu erhöhen. Durch den Zertifikateüberschuss und den damit einhergehenden niedrigen CO₂-Preis gingen vom Handel mit Emissionszertifikaten bisher kaum Investitionsanreize für klimafreundliche Technologien und Verfahren aus.

Nicht nur bezüglich der Energiekosten sondern auch im Hinblick auf die Versorgungszuverlässigkeit stehen wir vor großen Herausforderungen. Um diese dauerhaft gewährleisten zu können, muss die Integration der erneuerbaren Energien in das bestehende System deutlich verbessert werden. Mit Blick auf die Versorgungszuverlässigkeit ist die von der Bundesregierung verabschiedete Reservekraftwerksverordnung im Juli in Kraft getreten und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Die Verordnung regelt das Verfahren und die Bedingungen von Kraftwerksstilllegungen sowie die Vergü-

tung der Kraftwerke in der Netzreserve. Unseres Erachtens ist die Verordnung als Übergangslösung zur Schaffung von Rechtssicherheit im Hinblick auf den Umgang mit Reservekraftwerken zweckmäßig. Für die Zeit danach plädieren wir für einen Markt, der die Vorhaltung von Leistung honoriert und die Effizienz der Energienutzung betont.

Bereits vor Inkrafttreten der Reservekraftwerksverordnung wurde für das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching in Abstimmung mit der BNetzA eine Vereinbarung geschlossen, die für das Vorhalten von Kraftwerksleistung zugunsten der Netzstabilität in den nächsten 3 Jahren eine Vergütung durch den Übertragungsnetzbetreiber vorsieht.

Konjunkturelle Entwicklung

Nach dem verhaltenen Jahresbeginn mit einer Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,1 % gegenüber dem Jahresende 2012 und von 0,7 % im zweiten Quartal 2013 erwarten führende Wirtschaftsforschungsinstitute nach ihren vorläufigen Berechnungen, dass die deutsche Wirtschaft auch im dritten Quartal dem moderaten Aufwärtstrend folgen wird. Da das starke zweite Quartal jedoch durch Nachholeffekte insbesondere in der Bauwirtschaft gekennzeichnet war, wird für das dritte Quartal mit einem schwächeren Wachstum von 0,2 % gerechnet. Positive Impulse kommen weiterhin vorwiegend aus den steigenden Konsumausgaben der Haushalte, bedingt durch die günstige Arbeitsmarktsituation sowie höhere Einkommen.

Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Energiegroßhandelspreise zeigten in den ersten neun Monaten unterschiedliche Preisentwicklungen. Während die Preise für Rohöl und Erdgas keine signifikanten Änderungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum und zum Jahresbeginn aufwiesen, verzeichneten die Preise für Strom, Kohle und Emissionsrechte Wertverluste im zweistelligen Prozentbereich.

Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr 2014 in der ARA (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen)-Region (API2) zeigte sich mit 90,99 US-Dollar pro Tonne um 14,0 % günstiger als im Vorjahreszeitraum. Nach einem Start bei 102,18 US-Dollar pro Tonne schloss der Frontjahreskontrakt das dritte Quartal mit 83,33 US-Dollar pro Tonne ab. Ausschlaggebend für das relativ niedrige Preisniveau in den vergangenen Monaten war das bestehende Überangebot an Kohle auf dem Weltmarkt.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag zum Ende des dritten Quartals bei 102,29 US-Dollar pro Barrel und somit um 4,2 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Während zu Beginn des Jahres zunächst Spannungen im Nahen Osten und positive Wirtschaftsdaten – insbesondere aus China – die Notierungen stützten, wirkten sich im zweiten Quartal stetige Angebotsverbesserungen preisdämpfend aus. Insbesondere die politischen Unruhen in Ägypten und Syrien führten im dritten Quartal wieder zu steigenden Preisen.

Nahezu unverändert zum Vorjahr zeigte sich der durchschnittliche Erdgaspreis im Marktgebiet NCG (NetConnect Germany) in Höhe von 26,69 Euro pro MWh. Im Ver-

gleich zum Jahresbeginn verzeichnete der Frontjahreskontrakt bis Ende September einen leichten Preisrückgang um 3,0 % auf ein Niveau von 26,52 Euro pro MWh. Während ein sinkender Gasbedarf – insbesondere von Kraftwerken – und ein tendenziell verbessertes Erdgasangebot im Sommer belastend wirkten, verhinderten eine hohe Nachfrage aufgrund der Einspeicherung für den Winter, der feste Ölpreisverlauf in den letzten Monaten und hohe Gasnotierungen in Asien größere Preiskorrekturen.

Einen Rückgang um 21,1 % verzeichnete der durchschnittliche Preis des Grundlastkontrakts für das Strom-Kalenderjahr 2014, der im Mittel bei 39,53 Euro pro MWh notierte. Hauptgrund für die rückläufige Entwicklung waren sinkende CO₂- und Kohlenotierungen sowie der preisdämpfende Einfluss erneuerbarer Energien auf die Spotpreise.

Nach einem starken Abwärtstrend zu Jahresbeginn erholte sich der Preis für Emissionsrechte (EU Allowances - EUA) aufgrund der positiven Abstimmung des EU-Parlaments zum "Backloading". Nach einem Tiefststand bei 2,89 Euro pro Tonne schloss der Terminkontrakt mit Fälligkeit im Dezember 2014 bei 5,17 Euro pro Tonne. Die Schwäche zu Jahresbeginn war zunächst auf das Ausbleiben politischer Signale zur Eindämmung des Überangebots an Emissionsrechten durch europäische Entscheidungsträger zurückzuführen. Maßgeblich für den ab Mitte April einsetzenden Aufwärtstrend waren Käufe von Stromerzeugern und spekulativ orientierten Marktteilnehmern sowie ein reduziertes Angebot an Zertifikaten aus europäischen Auktionsprogrammen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank der Durchschnittspreis um 42,4 % auf 4,62 Euro pro Tonne.

Geschäftsentwicklung des Mainova-Konzerns

Ertragslage

Das Ergebnis vor Ertragsteuern ist von 61,4 Mio. Euro¹ im Vorjahr auf 85,4 Mio. Euro gestiegen. Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf den Verkauf einer Immobilie zurückzuführen. Durch den aus unserem Effizienzprogramm EINS resultierenden Rückgang des Personalaufwands und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist ein positiver Ergebniseffekt zu verzeichnen.

Im Stromgeschäft konnten positive Preis- und Mengeneffekte im Vertrieb den Ergebnisrückgang aus der Vermarktung der Eigenerzeugung durch sinkende Spreads nicht vollständig kompensieren. Das Ergebnis im Gasgeschäft ist weiterhin durch hohe Netz- und Bezugskosten belastet.

¹ Anpassung des Vorjahresergebnisses um 24,5 Mio. Euro aufgrund geänderter Bilanzierung des Regulierungskontos und erstmaliger Anwendung des IAS 19 (rev. 2011)

Die Umsatzerlöse und der Absatz haben sich im Einzelnen wie folgt entwickelt:

Die Umsatzerlöse des Mainova-Konzerns in Höhe von 1.599,4 Mio. Euro liegen um 183,5 Mio. Euro über dem Vorjahreszeitraum.

Im Stromgeschäft konnte ein Umsatzzanstieg um 115,9 Mio. Euro erzielt werden. Durch Kundengewinne sowie Mengenzuwächse im Bereich der Individualkunden und Energiepartner stieg der Absatz um 14,9 % auf 5.057 Mio. kWh. Zudem machten sich insbesondere die aufgrund der höheren EEG-Umlage gestiegenen Preise bemerkbar. Im Stromhandelsgeschäft wirkten sich trotz einer Steigerung der Stromhandelsmengen um 7,4 % auf 3.194 Mio. kWh deutlich geringere Notierungen sowohl auf dem Termin- als auch auf dem Spotmarkt umsatzmindernd aus.

Die Gaserlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 55,1 Mio. Euro auf 481,4 Mio. Euro gestiegen. Hauptgrund für diese Entwicklung war die um 12,4 % auf 10.112 Mio. kWh gestiegene Absatzmenge aufgrund der deutlich kühleren Witterung. Dies zeigt sich in der um 13,3 % höheren Gradtagszahl. Kundengewinne bei Individualprodukten und Energiepartnern sowie höhere Preise wirkten sich ebenfalls positiv auf die Erlöse aus. Zudem erhöhten die Ende 2012 aufgenommenen Gaseigenhandelsaktivitäten den Gasumsatz.

Im Wärmegeschäft führten insbesondere die witterungsbedingte Absatzsteigerung um 13,2 % auf 1.428 Mio. kWh, höhere Preise bei Individualprodukten sowie Vorperiodeneffekte zu einem Umsatzzanstieg um 17,3 Mio. Euro auf 102,0 Mio. Euro.

Die Preissenkungen aus dem Wasserkartellverfahren werden durch Absatzsteigerungen sowie Vorperiodeneffekte überkompensiert. Daraus resultiert ein um 3,9 Mio. Euro über dem Vorjahr liegender Wasserumsatz.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zum Ende des Geschäftsjahres 2012 um 52,3 Mio. Euro auf 2.719,7 Mio. Euro.

Auf der Vermögensseite entfällt der Anstieg nahezu ausschließlich auf die langfristigen Vermögenswerte. Dabei hat sich das Sachanlagevermögen durch den Erwerb von Photovoltaikanlagen und den Ausbau unseres Windparkportfolios um 64,2 Mio. Euro erhöht. Dagegen haben insbesondere die Ausschüttungen der Vorjahresergebnisse die Beteiligungsbuchwerte der nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen um 16,8 Mio. Euro gemindert.

Auf der Kapitaleseite ergibt sich insbesondere durch das Ergebnis nach Ertragsteuern in Höhe von 70,7 Mio. Euro, welches unterjährig noch nicht an die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) abgeführt wurde, eine Erhöhung des Eigenkapitals um 64,4 Mio. Euro auf 1.025,1 Mio. Euro. Gegenläufig wirkten sich die erfolgsneutral im Eigenkapital erfassten Effekte aus der Stichtagsbewertung von derivativen Finanzinstrumenten aus.

Bei den Schulden gab es eine Verschiebung vom kurzfristigen zum langfristigen Bereich. Während die langfristigen Schulden um 63,2 Mio. Euro gestiegen sind, war ein Rückgang der kurzfristigen Schulden um 75,3 Mio. Euro zu verzeichnen. Die Zunahme der langfristigen Finanzschulden um 39,7 Mio. Euro ist durch die Finanzierung der Investitionen in erneuerbare Energien verursacht. Bei den kurzfristigen Schulden führte insbesondere der Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 43,1 Mio. Euro und der kurzfristigen Finanzschulden um 26,4 Mio. Euro zu der Verminderung.

Finanzlage

Nach Bereinigung des Ergebnisses vor Ertragsteuern in Höhe von 85,4 Mio. Euro um nicht zahlungswirksame Sachverhalte ergibt sich ein Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 139,8 Mio. Euro.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beträgt -70,3 Mio. Euro. Für den Erwerb von Anlagevermögen sind Mittel in Höhe von 83,3 Mio. Euro aufgewendet worden. Diese betreffen im Bau befindliche Windparks sowie Projekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung. Ferner sind im Rahmen des Erwerbs von Tochterunternehmen 13,5 Mio. Euro abgeflossen. Die Zuflüsse aus dem Verkauf von Assets in Höhe von 23,7 Mio. Euro wirkten sich positiv aus.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit beträgt -40,6 Mio. Euro. Dem Mittelabfluss aus der Abführung des Vorjahresgewinns an die SWFH in Höhe von 51,4 Mio. Euro und der planmäßigen Tilgung von Krediten in Höhe von 31,2 Mio. Euro steht im Wesentlichen ein Mittelzufluss aus der Aufnahme von Darlehen in Höhe von 31,3 Mio. Euro und aus Baukostenzuschüssen in Höhe von 12,0 Mio. Euro gegenüber.

Der Finanzmittelfonds in Höhe von 94,4 Mio. Euro setzt sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung in Höhe von 89,9 Mio. Euro sowie den liquiden Mitteln in Höhe von 13,6 Mio. Euro abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung in Höhe von 9,1 Mio. Euro zusammen.

Ausblick

Bei einer nach wie vor schwierigen Lage an den Energie- und Absatzmärkten gehen wir davon aus, das Vorjahresergebnis wie geplant leicht zu übertreffen. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die eingeleiteten Effizienzmaßnahmen im Rahmen des Projekts EINS.